Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 10

Artikel: Europa und Moskau

Autor: Vries, Axel de

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-156757

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 27.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

menschlichen Gesellschaft im einzelnen erreicht werden möge, es wird unter allen Umständen nur durch Förderung von Arbeitsfreude, Berufsstolz, Berantwortungsgefühl und Unternehmungslust des Einzelnen geschehen können. Reine Partei, feine Regierung und feine Staatsform wird es jemals ermöglichen können, bloß mit einer mechanischen Organisation der menschlichen Gesellschaft den Fortschritt und das Auskommen der einzelnen Glieder sicherzustellen. Nur die Pflicht und Freude zur Arbeit aller Menschen einerseits und die Unternehmungslust und der Wagemut einzelner Menschen anderseits wird den bestmöglichsten Fortschritt erzielen. Für alle aber nach Maggabe ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Arbeitsfreude einen möglichst gerechten Arbeitsentgelt zu schaffen und die Glieder des Bolkes vor den Wechselfällen des Wirtschaftslebens bestmöglichst zu schützen, wird Aufgabe einer Partei bleiben, die sich in ihren Zielen auf dem Boden der Wirklichkeit und des Möglichen bewegt. Wenn unsere große freisinnige Partei sich auf diese Aufgabe besinnt, die Wege hiezu ebnet und auch die Mitarbeit der Berufsverbande zur Lösung des Problems ergreift, dann erfüllt sie eine Aufgabe, die für die Entwicklung unseres Landes und Bolkes von unschätzbarer Bedeutung werden wird. Den politischen Parteien selbst bleibt bei einer Entwicklung in dem von mir angedeuteten Sinne dann auch die Möglichkeit, sich in ihre großen und staatspolitisch wichtigen Aufgaben zu vertiefen. Über den Wirtschaftsgruppen stehend, die Richtung weisend und in ausgleichendem Sinne wirkend, werden sie auch bei der zunehmenden Bedeutung der Wirtschaftsfragen ihre Stellung als Träger und Führer der öffentlichen Meinung unseres Landes behalten.

Europa und Moskau.

Bon Arel de Bries, Reval.

Elf Jahre sind es her, daß in Moskau auf dem Kremel die rote, mit Sichel und Hammer verzierte Fahne aufgepflanzt wurde, elf Jahre, daß Rußland das Versuchsfeld einer grandiosen Idee bildet. Seit elf Jahren bringt eine kleine Zahl von Menschen die Kraft und den Willen auf, allen Rückschlägen und Hindernissen zum Trotz beim Versuch der Durchführung der kommunistischen Wirtschafts- und Staatsform zu besharren.

Elf Jahre sind eine lange Zeit. Und trozdem ist die Kenntnis der sowjetrussischen Verhältnisse in Europa eigentlich noch immer gesting. Der durchschnittliche Europäer steht ihnen ziemlich hilfloß gegensüber. Ihm ist die dortige Geisteshaltung und die Unbekümmertheit und ungeheure Willensspannung in allen Dingen gleich unheimlich und uns verständlich.

Manchenorts würde man am liebsten einen Schleier über dieses russische Geschehen breiten, um nichts davon sehen und hören zu mussen.

Aber es ist nun einmal da, und — und das ist das Entscheidende — auch seine Ausstrahlungen in Europa und in der übrigen Welt sind da. Darum läßt sich die kommunistische Herrschaft in Rußland nicht einsach als eine Angelegenheit behandeln, die einem zwar unsympathisch ist, im letzten Grund aber nichts angeht. Sie geht Europa sehr wohl etwas an.

Kür Politiker, Gelehrte, Volkswirtschafter und Künstler mag der ruffische Kommunismus und Sowjetstaat eine Fülle von Anregungen bieten und einen belangreichen Untersuchungsgegenstand darstellen. Denjenigen europäischen Rreisen aber, die nach überlieferung, Abstammung, Bildung und wirtschaftlicher Macht zu ausschlaggebendem Ginfluß auf die Führung ihrer Völker berufen find, kann er einen Spiegel zur Selbsterkenntnis und Selbstprüfung abgeben, wie sonst kaum eine andere Erscheinung der Gegenwart. Ein innerlich gefundes Bolt, das auf einer gemissen Stufe geistig-fultureller Entwicklung steht, ift für den Rommunismus unempfänglich. Aber nur ein gesundes. Geistig werden Revolutionen immer von oben, nie von unten gemacht. Ift die führende Schicht eines Volkes zu ihrer Führeraufgabe befähigt und vom Glauben und Willen dazu beseelt, dann hat der Kommunismus keine Aussichten. Anders steht es aber darum, wenn dieser Schicht infolge allgemeiner Berderbtheit, innerer Zersetzung und Schwäche die Führungsfähigkeit verloren gegangen ift.

Und noch eines lehrt uns das sowjetrussische Beispiel: die Anderung bestehender gesellschaftlicher und politischer Zustände auf revolutionärem Wege ist mit solchen ungeheuren Opfern an Menschenleben und mate-riellen Gütern verbunden, daß nichts unterlassen werden sollte, um einem Volk seine Entwicklung auf evolutionärem Wege sicher zu stellen.

Die kommunistische Lehre, nach deren Grundsätzen der Sowjetstaat aufgebaut ist, darf als weitgebend bekannt vorausgesetzt werden. bildet ja zur Hauptsache auch die geistige Grundlage der Sozialdemo-* fratie in den europäischen Staaten. Zum Verständnis der besonderen ruffischen Berhältniffe ist dagegen die Kenntnis und richtige Einschätzung derjenigen Organisation unumgänglich, in deren Hand sich heute in Rugland die Macht befindet, der tommunistischen Partei. Dem Mittel- und Westeuropäer unterläuft da leicht der Fehler, die russische tommunistische Partei mit den sozialdemokratischen Parteien Mittelund Westeuropas gleich zu setzen. Bährend es sich bei diesen aber, entsprechend den hier herrschenden demokratisch=parlamentarischen Grund= fäßen, wonach die Macht im Staat mit dem Bahlzettel errungen werden fann, um Massenparteien handelt, könnte man die russische kommunistische Partei richtiger als einen Orden bezeichnen. Sie stellt eine von einem Glauben und einer Idee beseelte und nur diesen lebende festorganisierte und innerlich aufs engste zusammengewachsene Menschengruppe bar. Darin liegt ihre Stärke und ihre Gefährlichkeit für Europa. Wäre fie nur eine Ansammlung von Berbrechern, wie man sie etwa hinstellt, dann wäre ihre Unschädlichmachung lediglich eine Frage ber Zeit.

Gewiß ist nicht jedes Mitglied der kommunistischen Partei ein Ausbund von Selbstzucht, Ehrenhaftigkeit, Unbestechlichkeit und Opferwilligkeit. Aber es kann nicht geleugnet werden, daß ihr einflußreichster Teil, der alte Stamm, der sich einst um Lenin scharte und beim Oktober-Umsturz ausschlagsgebend war, in seinem persönlichen Leben die Jdeen des Kommunismus tatsächlich den übrigen Parteimitgliedern vorbildlich vorlebt. Auch muß noch heute jedes Parteimitglied alle seine Sinnahmen, die 300 Rubel im Monat — das sind etwa 700 Schweizerfranken — übersteigen, an die Parteikasse abführen. Diese Bestimmung wird streng innegehalten.

Eine andere Frage ist es, wie lange dieser alte Stamm noch den Charafter der fommunistischen Partei bestimmen wird. Lenin, ihr Schöpfer und Führer und der einzige, der lange Jahre mit untrügslichem Instinkt und eisernem Willen den Genossen den Weg wies, ist längst tot. Eine Reihe von Mitgliedern vom alten Stamm, Dsershinski, Frunse u. a. sind ihm im Tode gefolgt. Wieder andere, wie Troßty, Zinowjew, Kamenew, hat man wegen innerer Meinungsverschiedenheiten kaltgestellt. Alle jene Männer, sofern sie sich noch am Leben besinden, sind in den fünfziger Jahren. Alle haben ein schweres Leben hinter sich mit Entbehrungen, Hunger, Gefängnis, immerwährender Nervenanspannung und seelischen und körperlichen Erschütterungen jeglicher Art. Seit elf Jahren ruht eine ungeheure Arbeitslast auf ihren Schultern. All das hat zur Folge, daß sie in wenigen Jahren verbraucht aus den Reihen der kommunistischen Partei ausscheiden werden.

Wer wird ihre Nachfolge übernehmen? Davon hängt in ganz wesentslichem Maße das fünftige Schicksal der kommunistischen Partei und damit des Sowjetstaates überhaupt ab. Das jüngere Geschlecht wird weder diesen Haß gegen alles Bürgerliche noch den entschlossenen Willen zur Weltrevolution mehr in sich fühlen, wie das ältere. Auch geht es nicht aus einem so unerbittlichen Auslesevorgang hervor, wie die alten Führer. Es wird in die Macht hinein geboren. Und die Macht bietet viel Gesahren, gerade wenn zwischen der eigenen Zielsetung und den wesentslichsten Trieben im Menschen ein so großer Gegensat besteht.

Einige Zahlen mögen die Umschichtung in der kommunistischen Partei verdeutlichen. Als Lenin nach der Revolution im Oktober 1917 seine staatsmännische Tätigkeit begann, zählte die kommunistische Partei keine 3000 Mitglieder. Bei ihrem ersten Auftreten war der breiteren Öffentlichkeit kaum etwas von ihren Plänen, ihrer Geschichte und ihrem Aufbau bekannt. Heute umfaßt sie über eine Million Mitglieder. Schon daraus ersieht man, wie klein der alte Stamm sein muß. Ein Teil des Zuwachses ist allerdings während der Jahre des Bürgerkrieges auch durch Kampf und Entbehrungen gegangen und kann daher als voll-wertiger Ersat gelten.

über die Entwicklung der kommunistischen Jugend zuverlässigen Aufschluß zu erhalten, ist äußerst schwierig. Die Nachrichten der russischen Emigranten über weitgehende Verderbtheitserscheinungen in ihren Reihen dürften zum Teil sicher übertrieben sein. Anderseits kann man bestimmt annehmen, daß ihr die sittliche Kraft der älteren Generation, ihr Leben

ausschließlich der kommunistischen Jdee zu widmen, sehlen wird. Vor allem hört man, daß die kommunistische Lehre, in der sie natürlich streng erzogen wird, sür sie eben mehr nur Theorie, eine scholastische Lehre bedeutet, und weniger mehr etwas, in dem sie mit ihrem Gefühl und ihrem Willen restlos ausgeht. Ein erschöpfendes Urteil läßt sich indessen in solch geistig-seelischen Dingen schwer gewinnen. Das innere Verhältnis des jüngeren Geschlechts zur kommunistischen Idee ist eben bisher nicht auf die Probe gestellt worden. Nur so viel steht mit Sichersheit sest, daß von der Entwicklung des kommunistischen Nachwuchses die Zukunft der kommunistischen Partei und von deren Zukunft wiederum die Zukunft des Sowjetstaates abhängen wird.

* *

Wie oben angedeutet, bietet diese und jene in Sowjetrußland eingeführte Neuerung Anlaß zum Nachdenken und zur kritischen Übersprüfung unserer europäischen Zustände. Das gilt insbesondere bei der Art, wie die Sowjetunion die Nationalitäten frage gelöst hat. Angesichts dieser Lösung kann man auf recht ketzerische Gedanken über den Willen und die Fähigkeit der europäischen Staatenwelt zur Beswältigung dieses brennenden Problems kommen.

Die kommunistische Partei ließ sich von den ersten Tagen ihrer Herrschaft an von der Erkenntnis leiten, daß heute der soziale und der nationale Kampf die hauptsächlichsten Triebkräfte im Bölkers und Staatssleben darstellen. In den letzten Jahrzehnten vor dem Umsturz hatte der großrussische orthodoge Staat mit allen Mitteln seines Zentralismus den ihn bewohnenden Bölkerschaften Orthodogie und Großrussentum aufgedrängt. Vor der europäischen Öffentlichkeit wurde Rußland als national einheitlicher Staat hingestellt. "Ein Volk, ein Zar, ein Glaube" lautete der Bahlspruch der zaristischen Herrschaft. Auf jeden Fall war in Europa die Tatsache wenig bekannt, daß die Großrussen nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung des russischen Keiches ausmachten. Auch heute, nachdem sich im Gesolge des Umsturzes aus einem beträchtlichen Teil des alten Rußland selbständige Staaten entwickelt haben, bildet das Großrussentum noch kaum 60 v. H. der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion.

Um den sozialen Kampf aussechten zu können, mußte die kommunistische Partei natürlich alle anderen Gegensätze und Spannungen auszugleichen und zu mildern suchen. Dazu gehörten in erster Linie auch die nationalen Gegensätze. Zu ihrer Ausschaltung und um bei den unterdrückten Völkern in fremdnationalen Staaten ein wirkungsvolles Werbemittel in die Hand zu bekommen, stellte sie ein außerordentlich großzügiges und weitgehendes Nationalitätenprogramm auf. Darnach wurde das ganze Gebiet der Sowjetunion entsprechend den volklichen Grenzen der sie bewohnenden Völker in eine Reihe von Staaten aufgeteilt. Daher auch der Name "Union der Sowjetrepubliken". Die Formen staatlichen Daseins, die gewählt wurden, waren dabei recht verscheidene. Neben den auf Grund der Verfassung im Ausbau gleichen

fünf Sowjetrepubliken, wie Großrußland, die Ukraine, die kaukasische Republik u. s. w., die die eigentliche Union bilden, wurde eine Reihe von Selbstverwaltungskörpern halb eigenstaatlichen Charakters dis herad zum bloß autonomen Gebiet geschaffen. Bestimmend für diese staatliche Neusorganisation war aber überall und ausschließlich der nationale Gesichtsspunkt. Und was besonders betont werden muß, diese Neuordnung steht nicht nur auf dem Papier, sie ist auch tatsächlich durchgeführt worden: alle Völker der Sowjetunion werden heute in ihrer eigenen Sprache, und im großen ganzen auch von Angehörigen ihres Volkes verwaltet, gerichtet und unterrichtet. Die treibende Kraft bei diesem staatlichen Neudau war Stalin, der jetzige Führer der kommunistischen Partei. Er hat die theoretischen und organisatorischen Grundlagen dafür gesichaffen.

Schließlich ist man noch weiter gegangen und hat das Eigenleben kulturell zurückgebliebener Völker mit allen Mitteln zu fördern verssucht, wobei im ersten Übereiser für gewisse Nomadenvölker Sibiriens künstliche Alphabete geschaffen und in Gebieten Zeitungen gegründet wurden, wo die Bevölkerung überhaupt gar nicht lesen, geschweige denn eine Zeitung unterhalten kann.

So viel ist aber sicher, daß durch die neue staatliche Gliederung eine grundlegende Veränderung im Verhältnis der einzelnen Völker der Cowjetunion zueinander stattgefunden hat. Der Grundsatz der Selbstwerwaltung findet allgemeine Anwendung und dürfte auch bei einer allfälligen Anderung der jetzigen Herrschaft nicht mehr verschwinden.

Daß man von all dem in der europäischen Sffentlichkeit so gut wie nichts weiß, dürfte seinen Grund darin haben, daß deren Ausmerksamsteit eben in erster Linie auf den sozialen Lösungsversuch des Kommunissmus gerichtet ist. Um so größer wäre zweiselloß ihr Erstaunen, bei einem Sturz der kommunistischen Gesellschaftsform an Stelle des alten, in der europäischen Vorstellung als einheitliches Großrußland und auf der Landkarte entsprechend als einfarbige Fläche bestehenden russischen Reiches einen Staatendund national organisierter Staaten zu finden.

Eines darf man natürlich dabei nicht vergessen, daß auch in diesen auf nationaler Grundlage errichteten Staaten die kommunistische Partei herrscht und daß die betreffenden nationalen Intelligenzschichten, sofern es solche überhaupt in Sowjetrußland noch gibt, in keiner Weise an Regierung und Verwaltung beteiligt sind.

Tropdem muß aber mit allem Nachdruck auf die Art der Lösung der Nationalitätenfrage in Sowjetrußland hingewiesen werden. Diese spielt in der Werbetätigkeit des Kommunismus eine nicht unbeträchtliche Rolle. In Europa siedeln heute über 40 Millionen Menschen nationaler Minderheiten in fremdnationalen Staaten. Wenn wir deren Kampf um ihre Selbstverwaltung, ihr Recht und ihr Dasein verfolgen, können wir immer wieder seststellen, daß versucht wird, eine Zusammenarbeit zwischen den sich gegen ihre Unterdrücker auslehnenden Minderheiten und der russischen kartei herzustellen. Mehrmals ist auch schon bei Wahlen, wie z. B. in Karpathorußland und in der Tschechoslovakei,

Stimmabgabe der Minderheiten zugunsten der dortigen Kommunisten erfolgt. Sollten angesichts dieser Tatsache nicht auch diesenigen eurospäischen Staaten zu einer befriedigenden Lösung der Nationalitätensfrage Hand bieten, die das bisher nicht getan haben?

* *

Die innere Lage in der Sowjetunion wird augenblicklich durch eine Frage beherrscht, die nicht nur zu einer neuen Krisis in der komsmunistischen Partei Anstoß gegeben hat, sondern die auch für die künftige Entwicklung der Verhältnisse in Rußland bestimmend sein wird: die Frage der Agrarpolitik des Sowjetstaates.

Bekanntlich ist in Rußland heute die Großindustrie mit wenigen Ausnahmen, die Kleinindustrie zum Hauptteil, das Berkehrswesen ganz und der Berteilungsapparat zur Hauptsache verstaatlicht. Rußland ist aber ein nur wenig industrialisiertes Land, den entscheidenden Teil der Bolkswirtschaft bildet die Landwirtschaft. Darum hat die kommunistische Partei in von Jahr zu Jahr steigendem Maße der Agrarpolitik ihre Ausmerksamkeit zugewandt.

Nach dem Sieg im Oktober 1917 galt es in erster Linie, den Bürgerkrieg durchzukämpsen und die Vergesellschaftung der Industrie und der Verkehrsmittel durchzusühren. Das konnte aber alles nur dank der Unterstützung der Bauernschaft geschehen. Und diese Unterstützung wiederum konnte nur durch die Opferung des Großgrundbesitzes und des großen Landeigentums des Staates gewonnen werden. Die im Gesolge der Revolution eintretende Zerstückelung der Güter widerspricht natürlich an sich den Grundsätzen der kommunistischen Lehre, die ja die Zusammenfassung des Produktionsvorganges in möglichst wenigen großen Produktionsmittelpunkten vorsieht. Die bäuerliche Einzelwirtschaft paßt da nicht in den verstaatlichten Produktionsvorgang hinein.

Aus dem angeführten Grunde mischten sich die Sowjets aber ansfangs wenig in die von der Bauernschaft selbst auf chaotische Art verssuchte Lösung der Agrarfrage ein. Ihr einziger, allerdings sehr schwerswiegender Eingriff war der Zwang für die Bauern, ihre ganze Gestreideerzeugung an den Staat abzuliesern. Wit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik mußte auch da noch abgebaut und der Bauernschaft eine Reihe von Zugeständnissen gemacht werden, so z. B. die Wiederzulassung der Pacht und der Anstellung bezahlter Arbeitskräfte.

Die Revolution von 1917 führte im russischen Dorf zur Verteilung auch des hesamten Bauernlandes, wodurch die bäuerliche Einzelwirtschaft schwer geschädigt wurde. Vom Jahre 1921 an machten sich dann aber die Folgen der Stolhpin'schen Agrarresorm segensreich bemerkbar, die darauf abzielte, den bisher im Gemeindebesitz gebundenen russischen Bauern zum Hosbesitzer mit eigenem Grund und Boden zu machen. Wirtschaftlich starke Bauern erwarben sich weiteres Land zu ihrem bereits besessen hinzu und begannen sich als neue Schicht von den andern abzuheben. Ein seshafter und wirtschaftlich starker Bauernstand schien im Entstehen begriffen.

Die Bauern waren aber der einzige Bevölkerungsteil, der den Einsgriffen der kommunistischen Partei, wenn auch nur auf passive Art, Widerstand entgegensetzte. Auch war im Fall äußerer Berwicklungen oder innerer Arisen kein Berlaß auf sie. Im Jahre 1921, besonders beim Aronstädter Aufstand zeigte sich, daß die Bauernschaft, nachdem der Großgrundbesitz aufgeteilt war, dem Kommunismus gegenüber eine ablehnende Haltung einzunehmen begann.

Im vergangenen Jahr hat die kommunistische Partei nun die Folsgerungen aus diesem Zustand gezogen. Sie faßte eine Reihe von Maßsnahmen zur Einleitung einer neuen Agrarpolitik ins Auge. Heute lassen sich deren Richtlinien und Gesichtspunkte deutlich erkennen. Sie zielt auf nichts weniger als eine grundsätliche Auseinandersetzung mit der Bauernschaft ab, d. h. auf die Ausdehnung des Grundsates der Bersgesellschaftlichung auch auf die Landwirtschaft. Der Bauer soll durch allerhand Druckmittel gezwungen werden, seine Scholle zu verlassen und als proletarisierter Landarbeiter auf staatlichen Großwirtschaften sich in den Rahmen des kommunistischen Staates und seiner Wirtschaft einzupassen.

Da heute in Sowjetrußland kein Großgrundbesitz mehr besteht, handelt es sich hier um einen reichlich kühnen Plan. Mit der Landaufsteilung hatte das russische Bauerntum zur Genüge seine Abneigung gegen diese Art der Landnutzung gezeigt, der Gedanke des Gemeindesbesitzes war erloschen, die strebsamsten und tüchtigsten Elemente der Bauernschaft strebten nach persönlichem Eigenbesitz. Und nun soll diese im Gang besindliche Entwicklung wieder zurückgedreht, der Bauer von seinem Eigen vertrieben und zum bloßen Landarbeiter gemacht werden.

Zur Erreichung dieses Zieles bedient sich die Sowjetverwaltung verschiedener Mittel. Einmal fördert sie seit geraumer Zeit durch Kredit= gewährung, überlaffung landwirtschaftlicher Maschinen u. f. w. die so= genannten bäuerlichen Gemeinwirtschaften, in denen eine Anzahl von Bauern ihr Land gemeinsam bewirtschaften. Gerade durch die Kredit= gewährung sollen diese in immer engere Abhängigkeit vom Staate kommen und ihre Mitglieder schließlich nach festen Säten entlohnt werden. Nebenher geht eine erbarmungslose Unterdrückung des Eigenbesikes. Dem wohlhabenderen Bauer wird die Landpacht und die Benutung bezahlter Arbeitskräfte kurzerhand verboten. Das hat einmal zur Folge, daß dieser selbst das Interesse an einer Mehrung und wirtschaftlichen Stärkung seines Besitzes verliert, und ferner, daß der arme Bauer, weil er sein Land nicht mehr verpachten und keine Arbeit außerhalb des= selben mehr leisten kann, auf andere Einrichtungen angewiesen wird. Schließlich hat der einzelwirtschaftende Bauer auch eine etwa gehnmal höhere Steuer zu bezahlen wie der kollektivwirtschaftende.

Ein weiteres Mittel haben sich die Sowjets in der Agrargemeinde geschaffen, der zwangsmäßig alle landwirtschaftlichen Betriebe eines bestimmten Bezirkes angehören. Jede Agrargemeinde besitzt das Recht, mit einfacher Mehrheit zu beschließen, daß alles innerhalb ihrer Grenzen liegende Land auf gemeinsamer Grundlage zu bewirtschaften sei. Jeder Einzelbauer der betreffenden Gemeinde muß sich diesem Beschluß unterziehen. Durch den Druck der Sowjetbeamten und die Aussicht auf Anzteil an den Erträgnissen der besseren Betriebe und reicheren Bauern lassen sich die ärmeren Leute, die in einer solchen Gemeinde natürlich meist in der Mehrheit sind, leicht zu einem derartigen Beschluß bestimmen.

Endlich fördert der im letten Jahr beschleunigte Wiederausdau der Sowjetgüter den Vorgang der Vergemeinschaftung. Diese Sowjetgüter sind Eigentum des Staates und werden von diesem in jeder Weise durch Kreditgewährung, Steuererleichterung und Unterstützung mit Maschinen bevorzugt. Sie stellen den umliegenden Bauern ihre Maschinen, ihr Saatgut, ihre ganzen Methoden zur Verfügung und erhalten dafür von diesen, die nur bei der Ernte mit Hand anlegen müssen, ein Dritteil ihrer Ernte. Von den zwei den Bauern verbleibenden Dritteilen geht ein guter Teil noch durch Wegsteuerung ab. So kommt es, daß, wie man schon mehrsach sesstellen konnte, dieser und jener Bauer seinem unsichern Dasein als selbständiger, aber doch vom Sowjetgut abhängiger Bauer dassenige des mehr oder weniger gesicherten landwirtschaftlichen Arbeiters auf dem staatlichen Betrieb vorzieht. Besonders die Ukraine weist im vergangenen Jahr weitgehende Versuche dieser Art auf.

Kampflos läßt sich das Bauerntum aber doch nicht proletarisieren. Sein Widerstand ist allerdings nicht aktiver Art, etwa durch Revolution oder planmäßige politische Opposition. Wie schon einmal im letzten Jahrzehnt scheint auch diesmal der Lieferstreik das Mittel zu sein, dessen es sich bedient. Und dieses Mittel ist deswegen so wirksam, weil der Sowjetstaat auf die Ernährung der Städte durch die Bauern und auf den Getreideverkauf ins Ausland zur Ausgleichung seiner Handelsbilanz angewiesen ist.

Allem Anschein nach haben Produktionseinschränkung und Lieferstreik schon stark eingesetzt, wie nachstehende Zahlen über die von den Wirtschaftsorganisationen des Sowsetstaates für den Bedarf im Land und zur Ausfuhr in den beiden letzten Wirtschaftsjahren erfaßten Gestreidemengen zeigen. Im Wirtschaftsjahr 1927/28 (das Wirtschaftsjahr wird in Sowsetrußland vom Oktober dis zum nächsten September gestechnet) wurden erfaßt:

im Juli 280,280 Tonnen im August 990,607 ,,

Im Wirtschaftsjahr 1928/29 dagegen:

im Juli 86,972 Tonnen im August 507,824 "

Wir wissen nicht, wie dieser gewaltige Kamps um die Sozialisierung der Landwirtschaft ausgehen wird. Daß die kommunistische Partei ihn aufgenommen hat, beweist aber zweierlei: Einmal, daß von einer Anderung der Wirtschaftspolitik des russischen Kommunismus reden zu wollen, unbegründet ist; und zweitens, daß dieser noch genügend Kraft in sich fühlt, um diesen Kamps aufzunehmen und durchzusechten. Die Entscheidung wird dabei nicht in Stunden, Tagen oder Monaten fallen,

handelt es sich doch um einen Kleinfrieg an Millionen gleichzeitiger Kampffronten.

So viel ist aber sicher, daß der Ausgang dieses Kampses für das künftige Schicksal der kommunistischen Partei entscheidend sein wird. Siegt sie hier — was auf die Dauer kaum anzunehmen ist —, dann wäre der Kreis ihrer Unternehmungen geschlossen und ihre Herrschaft endgültig gefestigt. Erleidet sie aber eine Niederlage, dann wird sich das in ihren eigenen Reihen und im Glauben an die kommunistische Lehre auswirken.

Frankreich und die sinanzielle Liquidation des Rrieaes.

Von A. Büg, Paris.

1. Die Sachverständigen.

In dem offiziösen Abendblatt "L'Intransigeant" vom 14. Dezember steht mit der Unterschrift des Direktors Léon Bailby zu lesen: "Wir sind nicht die Fordernden. Wir treten in die Periode der fruchtbaren Dawesjahre ein. Wir halten eine doppelte Garantie in Händen: den Rhein als politische, den Zahlungsplan als sinanzielle Sicherung. Was belästigt man uns also mit all den Diskussionen und Reklamationen, die für uns weder Sinn noch Gewinn haben?"

Wenn Herr Poincaré seinem Herzen Luft machte, würde er nicht anders sprechen. Frankreich hat gegenwärtig nur den einen Wunsch: "Ach wenn es doch immer so blieb!" Aber es gibt gewisse Forderungen, denen gegenüber man einfach nicht den tauben Mann spielen kann; zumal wenn sie von amerikanischer Seite ausgehen. Bar zu gerne möchte Frankreich den Dawesplan, der als ein Experiment und ein Notbehelf in schweren Zeiten gedacht war, zu einem endgültigen Bahlungssisstem gestalten. Seltsamerweise steht ihm hier ein Beschluß der Reparationstommission im Wege, ber als eine Beigel für Deutschland gedacht mar, und der jett seine scharfen Riemen gegen den zurudwendet, der sie schwang: die Festsetzung der deutschen Schuld auf 50 Milliarden Mark in Bonds A und B, dazu 82 Milliarden in Bonds C. Dieser "Plan" besteht heute noch zu Recht; vor bessen offenkundigem Unsinn jedoch schreckt selbst ein Poincaré zuruck, und es macht sich bei ihm die Furcht geltend: Deutschland möchte eines Tages, gestütt auf die Unmöglichkeit, den Zins- und Tilgungsforderungen des Londoner Diktates zu genügen, eine Art finanzielles Ultimatum stellen, und dafür den psychologischen Augenblick wählen, wo die allgemeine Reparations- und Schuldenmüdigkeit ihren Höchstgrad erreicht hat. Frankreichs Bestreben geht heute dahin, das "politische Gespenst" zu bannen, bem Schuldenproblem ein anderes Gesicht zu geben; es befindet sich so ungefähr in der Lage des Spielers, der sein Guthaben auf rechtlichem